

Florian Gerster

Politik als Beruf

Eine motivationspsychologische Analyse



Nomos

Florian Gerster

Politik als Beruf

Eine motivationspsychologische Analyse



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Duisburg/Essen, Univ., Diss., 2018

u.d.T.: Die Motivation zur Politik. Eine qualitative Analyse der Beweggründe für Politik als Beruf

Datum der mündlichen Prüfung: 30. Januar 2018

Universität: Duisburg / Essen; NRW School of Governance

ISBN 978-3-8487-5010-8 (Print)

ISBN 978-3-8452-9262-5 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die Psychologie kämpft sich zurück. Kaum eine wissenschaftliche Disziplin, die nicht mittlerweile von psychologischen Erkenntnissen durchwirkt erscheint. Es ist kein Zufall, dass auch Nobelpreise in den letzten Jahren mit den Grundannahmen arbeiten, die sich auf bestimmte beeinflussbare, veränderbare individuelle und kollektive Grunddispositionen beziehen. In Deutschland war die politische Psychologie nach dem Missbrauch durch die Nationalsozialisten viele Jahrzehnte ein Tabuthema. Das hat sich geändert. Nutznießer sind Bereiche der Wahl- und Einstellungsforschung und in Teilbereichen auch Kontexte der Leadership- bzw. Regierungsforschung, die davon profitieren, neue Zugänge über Persönlichkeitsmerkmale zu definieren. Ins Licht rücken die Persönlichkeit von Entscheidungsträgern, die Performanz von politischen Gruppen und das Politikmanagement in Entscheidungssituationen.

Florian Gerster sucht in seiner Dissertation nach der Motivstruktur, die Politiker umtreibt, um in die Politik zu gehen. Warum werde ich Politiker? Wir wissen sehr wenig darüber. Denn die politischen Akteure sind keine Macht-Maschinen, die man an- und wieder ausstellen kann. Wie komme ich dennoch an Informationen?

Vertrauen herzustellen, um Wissen zu generieren, setzt psychologisches Grundverständnis voraus. Gerster nutzt seine Herkunft als Diplom-Psychologe, um ein Verständnis für den Gegenstand der Analyse zu entwickeln. Er wundert sich, wieso es solche Leerstellen in der Politikwissenschaft zum Thema der individuellen Motivation von Politikern gibt. Er wird fündig im Bereich der Leadership-Forschung, die er im Sinne eines Forschungsstandes skizziert. Ebenso breitet sich aus dem Bereich der Parlamentarismus-Forschung das Feld der Eliten-Studien aus. Es liegen einige Ergebnisse auch zum Sozialprofil der politischen Elite vor. Die Elitenrekrutierung wird dabei von Gerster häufig in den Kontext von Machtstrukturen eingeordnet. Die Datenlage ist breit, aber nie

individuell. Auch die Handbücher der Parlamente sind trotz Transparenz-Gebot immer noch sehr diskrete Nachschlagewerke. Die Karrierisierung der Elitenauslese erkennt man auch an der Zunahme der Berufspolitiker, die nie etwas anders als Politik gemacht haben.

Gerster verweist gleich auf den ersten Seiten auf das Besondere, im Unterschied zu anderen Funktionseliten. Ein Beruf „sui generis“, wie er konstatiert. Der Werkstoff der Politik ist fluide. Im Kern handelt es sich immer um ein Produkt, das sich ständig verändert. Das macht es für Werbefachleute so schwer, angemessen eine politische Wahl-Werbung zu entwickeln. Marketing braucht einen Fixierpunkt, der sich nicht wie „Pudding an der Wand“ verändert. Wenn sich in eiligen Zeiten des Ereignisgewitters permanent Wandel zeigt, dann ist Politik heute die Kunst, auf Unerwartetes zu reagieren. Wie kann man sich als politischer Akteur darauf vorbereiten? Das ist nicht Gersters Frage. Doch seine Forschungsergebnisse motivieren darüber intensiv nachzudenken. Denn wenn heute eine Erwartungssicherheit gegenüber dem Nicht-Erwartbaren existiert, dann hoffen wir als Wahlbürger, dass sich die Gewählten auch als politische Profis zeigen, im Umgang mit den Phänomenen der Risiko-Moderne.

Gerster sucht die Schnittstelle zwischen Motivationspsychologie und Politikwissenschaft. Er spürt dem Exemplarisch-Individuellen bei der Motivation einzelner Politiker nach, die stellvertretend für diese Funktionselite stehen. Seine Forschungsleistung ist ebenso exemplarisch-individuell. Denn Gerster ist nicht nur studierter Psychologe, sondern war dreißig Jahre im Hauptberuf Politiker. Mit diesem Pfund kann er wuchern. Er nutzt seinen spezifischen Zugang zu markanten Politikern unterschiedlicher Generationen, die er in der Rolle einer teilnehmenden Beobachtung funktional als Politiker befragen kann. Er hält ihnen den Spiegel vor und sie verstehen sein Frageinteresse, weil er „einer von ihnen“ war. Sie öffnen sich bereitwillig seiner Motivsuche, weil sie verstehen, wonach er sucht.

Die öffentliche Meinung zum Machtstreben der Politiker unterscheidet sich in der Analyse deutlich vom Selbstverständnis der

Beteiligten. Die politikwissenschaftliche und stellenweise auch interdisziplinäre Herangehensweise überzeugt. In der wissenschaftlichen Substanz ist die Dissertation eine Bereicherung im Feld der politikwissenschaftlichen Motivationsforschung.

Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Duisburg, im Juli 2018

Inhaltsverzeichnis

1.0. Untersuchungsrahmen	11
2.0. Vorstudie: Autobiografische Selbstauskünfte	59
3.0. Motivationsmuster ausgewählter Politiker	79
4.0. Qualitative Inhaltsanalyse der Interviews: Gemeinsamkeiten	109
5.0. Vergleichsgruppe I: Topmanager / Unternehmer	117
6.0. Vergleichsgruppe II: Junge Politiker	129
7.0. Interpretation der Explorationen	141
8.0. Überprüfung der Leitfragen – Differenzierungen	143
9.0. Empirische Bestätigung für den „Willen zur Macht“	153
10.0. Zusammenfassung der Ergebnisse	161
Literaturverzeichnis	177

1.0. Untersuchungsrahmen

1.1. Gegenstand der Untersuchung

„Politik als Beruf“: Damit ist in der bürgerlichen Gesellschaft der relativ junge Typ des Berufspolitikers gemeint. Den Beginn der Professionalisierung kann man in das 19. Jahrhundert verorten; in Deutschland eng mit der Entwicklung des demokratischen Rechtsstaates verbunden. Im Zuge der Gewaltenteilung bekamen Wahlmandate in den Parlamenten wachsende, eigenständige Bedeutung. Als „politische Arbeit“ kann die Beschäftigung mit und das Interesse an den öffentlichen Dingen verstanden werden – an der klassischen „res publica“ oder den modernen „public affairs“. Diese Neigung ist nicht an Staatsformen oder an die Existenz von Berufspolitik gebunden. Politische Arbeit kann zum Beispiel auch das ehrenamtliche Engagement für eine gemeinnützige Stiftung sein.

Politik als Beruf unterscheidet sich in wesentlichen Merkmalen von anderen Berufen. Erst durch die Gelegenheit und die persönliche Entscheidung, eine politische Aufgabe auf Grund von Berufung oder Wahl überwiegend oder gänzlich für längere Zeit zu übernehmen, wird aus politischem Engagement ein Beruf. Für diesen Beruf gibt es keine formale Ausbildung und damit keine im Bildungs- und Ausbildungssystem festgelegte Zugangsvoraussetzung. So wie im Prinzip Jeder in einer demokratisch verfassten Gesellschaft Politik „machen“ kann und sich um politische Ämter und Funktionen bewerben kann, so kann auch Jeder zu jedem politischen Sachverhalt eine Meinung haben. Richtig und falsch gibt es in der Politik beweiskräftig nicht; Mehrheiten entscheiden über die politische Richtung, die ein Gemeinwesen in wesentlichen Fragen einschlägt.

Ein Beruf „sui generis“ also. Kein Arzt darf ohne Staatsexamen tätig werden und kein Elektriker ohne Gesellenbrief Leitungen verlegen. Zwar gibt es auch andere Berufe, die ohne zwingende

formale Voraussetzungen Funktionseliten von gesellschaftlicher Bedeutung bilden können: etwa Sportler oder Künstler. Diese Berufsgruppen sind jedoch in wesentlichen Merkmalen nicht mit Berufspolitikern vergleichbar. Bei Sportlern gibt es objektiv messbare Maßstäbe für die Qualität ihrer Arbeit – Wahlergebnisse in der Politik haben einen anderen Charakter; Künstler haben nicht annähernd die gesellschaftliche Bedeutung und den “Impact“ von Politikern.

Von anderen Funktionseliten unterscheiden sich Politiker auch in wesentlichen Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Das gilt für die eher (unter-)durchschnittliche Vergütung, die hohe zeitliche Belastung, für die öffentliche Exponiertheit mit allen Risiken und für das in vielen Umfragen erhärtete geringe gesellschaftliche Ansehen derer, die diesen Beruf ausüben. Gleichwohl gibt es – mit wenigen Ausnahmen auf kommunaler Ebene – genügend Personen und Persönlichkeiten, die sich für politische Berufsarbeit entscheiden und diese für längere Zeit ausüben. Dies wirft die Frage nach den Anreizen und Rahmenbedingungen in einem konkreten gesellschaftlichen Umfeld auf, sozusagen die Systemfrage. Und es wirft die Frage nach der Art von Persönlichkeit auf, die auf solche Anreize reagiert und sich diesen Herausforderungen stellt, also die individualpsychologische Thematik.

Diese Studie bewegt sich an der Schnittstelle zwischen Politischer Wissenschaft und Motivationspsychologie. Eine interdisziplinäre empirische Untersuchung will die Grenzen der jeweiligen Herangehensweise überschreiten, die Methoden und empirischen Erkenntnisse beider Wissenschaften aber kombinieren.

1.2. Erkenntnisinteresse

Das persönliche Erkenntnisinteresse eines studierten Psychologen, der Politik dreißig Jahre als Hauptberuf betrieben hat, an der Analyse der Motivation zur Politik ist naheliegend. Schon in meiner Diplomarbeit an der Universität Mannheim 1975 befasste ich mich mit dem Thema Leistungsmotivation. Inzwischen gibt es eine Fülle von Untersuchungen über die Ausprägung und das Wechselspiel der Motive Leistung, Anschluss und Macht für verschiedene Funk-

tionseliten. Es ist reizvoll, diese Empirie mit der Fülle an politikwissenschaftlichem Material über die Berufsgruppe der Politiker zu verbinden und auf Fallstudien anzuwenden.

1.3. Politikwissenschaftlicher Forschungsstand

In der Politik ging es immer schon um Macht. Das *Streben nach Macht* als Voraussetzung für Politik als Beruf gehört jedoch zur bürgerlichen Gesellschaft, in der Macht nicht mehr dynastisch vererbt werden kann – wie etwa bei Machiavellis „Fürst“. Deshalb interessieren uns einschlägige theoretische und empirische Erkenntnisse der Politischen Wissenschaften seit etwa einhundert Jahren.

Die systematische Erforschung *politischer Karrieren* ist jüngeren Datums – auch, weil es den Berufspolitiker moderner Prägung als Regelfall erst seit einigen Jahrzehnten gibt. Die „Karrierisation“ der Politik als Beruf ist von eigenständiger Bedeutung für berufliche Lebensläufe und unterscheidet sich signifikant von typischen Werdegängen in anderen Berufsfeldern moderner Gesellschaften.

Die *Politische Klasse* – ein Begriff mit konnotativem Bedeutungsumfeld – hat sich zur Charakterisierung der „Gilde“ der Berufspolitiker in nahezu allen hoch entwickelten westlichen Gesellschaften eingebürgert. Als Forschungsgegenstand wird sie seit Jahrzehnten mit empirischem Ertrag durchleuchtet. Auch Politiker beteiligen sich an der Reflexion über das Wesen der politischen Klasse und die typischen Merkmale ihrer Repräsentanten.

Der *Vergleich von Funktionseliten* in einer pluralistischen Gesellschaft ist eine Voraussetzung für das Verständnis ihrer Strukturen und dynamischen Prozesse. Er erlaubt die Beschreibung von Hierarchien, realen Machtverhältnissen und der sozialen Mobilität in den verschiedenen Sektoren.

1.3.1. Macht und Machtstreben

„Was vermag die Politik als *Beruf* an inneren Freuden zu bieten, und welche persönlichen Vorbedingungen setzt sie bei dem voraus, der sich ihr zuwendet? Nun, sie gewährt zunächst: Machtgefühl.“ [Max Weber 1968: 167; Hervorhebung im Original] In dieser berühmten Definition aus dem Jahr 1919 ist von Machtgefühl die Rede, während die reale Machtausübung im ungewissen bleibt. Befragen wir also wieder den Klassiker: „*Macht* bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen.“ [Weber 2013: 210; Hervorhebung im Original] Nach dieser Definition hat eine Mutter Macht über ihr Kind, ein anpassungsfähiger Politiker ohne herausgehobene Führungsposition eher nicht.

Es muss also schon am Beginn dieser Untersuchung hinterfragt werden, ob das Machtgefühl als „innere Freude“ der politischen Arbeit ein reales Fundament hat, oder ob der tatsächliche Einfluss eines Politikers „durch eine symbolische Rollendefinition überlagert“ ist, wie dies Dietrich Herzog [1975: 192] konstatiert hat. Selbst wenn die Mächtigkeit professionellen politischen Handelns nicht in Frage gestellt wird, fragt sich im Vergleich der Funktionseliten, ob dieses Kriterium den Politiker vom „Unternehmer, (...) Verbandsfunktionär, (...) Richter (oder) (...) Arzt“ unterscheidet, der auch „mit Macht zu tun“ hat [Erhard Eppler 1975: 55]. Für das in der Regel hochbezahlte unternehmerische Top-Management nimmt Wottawa im Sinne einer Bedürfnishierarchie „Selbstverwirklichung“ und „Gestaltungsmacht“ als handlungsleitend an [2012: 224].

„In der Politik geht es um Macht, um die Kontrolle über Menschen und Ereignisse.“ So Jürgen Hartmann apodiktisch [2007: 23]. Für Edinger ist das „systemspezifische Medium der Politik“ nicht Geld, sondern Macht [2017: 5]. Diese ist für Erhard Eppler ein „Urphänomen jeden Zusammenlebens (...). (Es) will respektiert sein. Erst dann lässt sich zivilisierter Umgang mit Macht lernen“ [1996: 196; 198]. Eine erstaunliche Aussage für einen Politiker, der während seiner „Prime Time“ eher als Idealist eingeschätzt

wurde. Eckart Lohse hält in linken Parteien machtmotiviertes Verhalten der Führungspersonlichkeiten sogar für notwendiger als im bürgerlichen Lager, das keine Attitüden der Protestpartei überwinden muss [2017]. Als „konstruiertes Phänomen“ [2012: 17] klassifizieren Knoblach und Fink Macht; eine Person verfüge niemals objektiv über sie [ebd.: 17 ff.]. Sehr viel pragmatischer definiert Langguth politische Macht als „die Summe aus der Fähigkeit, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Personalentscheidungen zu treffen“ [2009: 483].

In jedem Fall aber spiegelt Macht eine soziale Beziehung zwischen mindestens zwei Menschen wider, und zwar eine asymmetrische [Schmalt 1979]. Auf der Ebene informeller Beziehungen kann eine Person Macht bereits durch ein Grundgefühl der Sympathie ausüben, das sie bei einem Anderen auslöst [Knoblach / Fink 2012]. Sympathie aufgrund persönlicher Nähe zu politischen Amtsträgern kann deren Akzeptanz positiv beeinflussen, wie Sauer empirisch ermittelte [1997]. Korte [1998, zitiert nach Milde 2016: 47] nennt den kleinen persönlichen Leitungsstab von Spitzenpolitikern „politische Familie“. Darüber hinaus: es gibt sie, politische Freundschaften als „elementares Machtmittel politischer Führungsgruppen“ [Leuschner 2011: 16], „um den eigenen Willen auch gegen den Widerstand Dritter durchzusetzen“ [Hitzler, nach Leuschner 2011: 17]. Die übliche Bezeichnung als politische „Seilschaften“ überbetont den reinen Nutzencharakter differenzierter persönlicher Beziehungen zwischen politischen Akteuren.

Im kompetitiven politischen Berufsleben muss die Möglichkeit des „publikumsbegleiteten Scheiterns“ einkalkuliert werden, das in vielen Fällen „ein unauslöschbarer Makel“ bleibt [Kraus 2013: 10]. Katja Kraus hat beobachtet, dass „die Abkehr der eigenen Leute (...) untrüglige(r) Hinweis(...) für den Machtverlust“ ist [ebd.: 145]. Auch Kloepfer beobachtete, dass sich Machtkämpfe meistens in der eigenen Partei entscheiden [2016]. Guilford schilderte 1964 den Zusammenhang zwischen Selbstvertrauen und Machtausübung, wobei er offenließ, ob das Selbstvertrauen mit dem Führungsamt kommt oder umgekehrt. Hofstätter beschreibt zwei unabhängige Dimensionen der Führungswirksamkeit als

Tüchtigkeit versus Beliebtheit, die archetypisch an das Doppelführtum von Vater und Mutter in der Familie erinnern [1966].

„Der Zwang zur Führung (in der Politik; F. G.) ist die Pflicht zur Macht.“ [Plessner, nach Leuschner 2011: 19] Macht ist nach Winter jedoch meistens potentielle Macht, die behutsam eingesetzt werden muss [1973]. Schon Macchiavelli empfahl im sechzehnten Jahrhundert dem „Fürsten“, Macht nicht übermäßig einzusetzen; auf die Furcht der Menschen zu setzen, aber Hass zu vermeiden [nach Rosin 2012]. Eher schwache Führungspersonen neigen nach Einschätzung von McClelland dazu, harte Maßnahmen institutionell einzusetzen, statt zu überreden oder zu überzeugen [nach Schmalt / Heckhausen 2010].

„Wer politisch gestalten will, muss Macht erwerben wollen und dafür kämpfen.“ [Hans Peter Bull 2013] Durch Delegation von Entscheidungsbefugnissen, also durch Teilung von Macht, kann nach Wottawa auf mehreren Ebenen einer Organisation die Zufriedenheit erhöht werden [2012]. French und Raven haben 1959 sechs „Machtbasen“ beschrieben: „Belohnung, Bestrafung, Legitimation, Identifikation, Expertentum und Information“ [nach Knoblach / Fink 2012: 13]. Grasselt und Korte berichten von empirischen Studien zum Verhalten von Führungskräften, wonach Kommunikation als Haupttätigkeit 40 bis 80 Prozent der Arbeitszeit in Anspruch nimmt, mit dem Ziel der Netzwerkbildung [2007]. Gast beschreibt den Einfluss der Persönlichkeit auf das Führungsverhalten. Bei dem Merkmal „körperliche Erscheinung“ [2011: 15] hat er offensichtlich die dominante Figur des „Kanzlers der deutschen Einheit“ im Blick.

Macht fasziniert. Oft ist es jedoch der Schein der Macht, der blendet. So ist das als Schattenseite der Machtorientierung auftretende Phänomen des Narzissmus für den Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter Ausdruck des Glaubens an die Allmacht des Menschen „nach dem Verlust des mittelalterlichen Gotteskindschaftsverhältnisses“ [1979: 26 f.]. Wo Gestaltungsmacht mehr Anspruch als Wirklichkeit ist, in den Landeshauptstädten, beobachtet Langguth ein „quasihöfisches Zeremoniell“ [2009: 458]. Ehrenamtliche (politische) Tätigkeit kann der Versuch einer Er-

satzkarriere sein, wenn die berufliche Haupttätigkeit nicht genug Erfolgserlebnisse bietet [Wottawa 2012].

Wo Macht wirkt, wird sie meistens als Entscheidungsmacht beschrieben. Ein profunder Sachkenner wie Langguth schildert die Wirklichkeit beruflicher Tätigkeit in der Politik zu Recht überwiegend als „Prozessbeeinflussungsmacht“ [2009: 11]. Im demokratischen Staatswesen stützen Hierarchien politische Führungspersonen nicht nachhaltig, da die Legitimation durch Wahlentscheidungen erneuert werden muss [Grasselt / Korte 2007]. Der Insider Lohmar ging so weit, das Bundestagsmandat als Mittel zur Teilhabe an der politischen Macht wie zu gesellschaftlicher Anerkennung gänzlich zu negieren; persönlichen Einfluss hätten nur politische Führer [1975].

Halten wir fest: Führung in der Politik lässt nur beschränkte Machtausübung zu; „Kompromissbereitschaft“ ist eine unerlässliche Voraussetzung [Grasselt / Korte 2007: 28]. Darüber hinaus ist ein Wesensmerkmal aller komplexen Organisationen, dass sie zwar hierarchisch strukturiert sind, aber dezentral persönliche Freiheit als Verhaltensmerkmal zulassen müssen, um nicht an unvorhersehbaren Entwicklungen zu scheitern [Mirow / Matzler 2012]. Dies wussten bereits die preußischen Heeresreformer im 19. Jahrhundert, als sie die Auftragstaktik (an Stelle der Befehlstaktik) einführten.

1.3.2. Politische Karrieren

Der Begriff der politischen Karriere schillert. Für Dettling ist er das sprachliche Zerrbild von Max Webers „Politik als Beruf“, als „Politics without Policy. – Politischer Betrieb ohne politische Inhalte“ [1992: 467] und als „Aufstieg durch Anpassung“ [ebd.: 470]. Politik als Karriere mache diese „langweilig, uninteressant und erfolglos“ [ebd.: 473]. Herzog [1975] beschreibt demgegenüber den Typus des Berufspolitikers, der das „wirkliche Leben“ nicht kennt, eher als Ausnahme. Lorenz und Micus belegen darüber hinaus, dass die vielfach nostalgisch als markante Figuren

erinnerten Politiker der „alten“ Bundesrepublik wie etwa Adenauer und Strauß beruflich eigentlich „nie etwas anderes als Politik gemacht“ haben [2013: 33]. Man mag es positiv oder negativ interpretieren, wenn Hartmann in einer breit angelegten empirischen Elitestudie beschreibt, dass im Vergleich der Kerneliten in Deutschland die Politik relativ offen für soziale Aufsteiger ist; ein „klassenspezifische(r) Habitus“ verbiete sich geradezu wegen der Abhängigkeit von Wahlentscheidungen [2013: 64 f.].

Den Begriff Karriere kannte Weber noch nicht. Dietrich Herzog hat politische Karrieren in der Bundesrepublik Deutschland als einer der ersten empirischen Sozialwissenschaftler systematisch untersucht [1975]. „Politik als Beruf“ steht nicht am Anfang individuellen politischen Engagements. Am Anfang steht Interesse an politischer Arbeit, das bei Überschreiten einer Schwelle zur Mitgliedschaft in einer politischen Partei führt. In einer Studie zur Beitrittsmotivation von Parteimitgliedern beschreibt Laux [2011] ein Anreizmodell von Seid / Whiteley [1992] und Klein [2006]:

- Selektive, ergebnisbezogene Anreize (Persönliche Vorteile durch Mitgliedschaft)
- Selektive, prozessbezogene Anreize (Freude an der Parteiarbeit)
- Kollektive politische Anreize (Durchsetzung politischer Ziele)
- Normative Anreize (Erwartungen des Umfeldes)
- Altruistische Anreize (Beitrag zur Demokratie)
- Ideologische Anreize (Unterstützung bestimmter Ideologien)
- Expressive Anreize (Bekundung der Parteizugehörigkeit).

Wichtigstes Beitrittsmotiv in der Befragung von Mitgliedern aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien waren kollektive politische Anreize, also die angestrebte Durchsetzung politischer Ziele. Die Parteimitglieder der eher alternativen Programmparteien Linke und Grüne lagen noch etwas über dem allgemein hohen Niveau in dieser Kategorie. Am schwächsten ausgeprägt bei Mitgliedern aller Parteien war das „Karrieremotiv“ der selektiven ergebnisbezogenen Anreize; leichte Abweichungen nach oben gab es bei den Mitgliedern der bürgerlichen Parteien CDU und FDP. Ob persönliche Karriereziele tatsächlich nachrangig sind, darf bezwei-

felt werden: Bei Befragungen von Parteitagsdelegierten von CDU/CSU, SPD und FDP durch eine Forschungsgruppe der Universität Mannheim [1978] gaben etwa die Hälfte an, innerhalb der vorangegangenen zehn Jahre beruflich aufgestiegen zu sein [Rebenstorf 2005].

Bei der Suche nach einem gemeinsamen Nenner verschiedener Beweggründe für politisches Engagement in der Form eines Parteibeitritts identifiziert Hoffmann eine Grundhaltung, die sie „political Efficacy“ nennt: ein „Gefühl von Wirksamkeit politischen Handelns“ [2011: 80]. Sie kann umschrieben werden als die Kombination von politischem Interesse, Glaube an die politische Eigenkompetenz und die externe Wirksamkeit von politischer Arbeit.

Perry / Wise [1990] beschreiben darüber hinaus „Public Service Motives“ für die Berufswahl öffentlich Bediensteter, die (in den USA) nicht-materielle Beweggründe erklären sollen:

- „Rational: Participation in the process of policy formulation / Commitment to a public program (...)“
- Norm-Based: A desire to serve the public interest (...)
- Affective: (...) Patriotism of benevolence“. [1990: 370]

Berufspolitiker beschreiben ihre Motive in ähnlicher Weise wie die befragten Parteimitglieder. So haben in einer Untersuchung im bayrischen Landtag Abgeordnete ihre Beweggründe auf einer Skala von 1 bis 5 in eine eindeutige Rangordnung gebracht: Bürgern helfen 1.4 / Politische Karriere 3.8 / Umgang mit Macht 4.1 [Patzelt 1995]. Diese Einstellung spiegelt nicht zufällig die Akzeptanz der verschiedenen Motivklassen in der öffentlichen Meinung. Hermann Scheer gibt mit seiner Typenlehre von Politikern Hinweise auf höchst unterschiedliche Anreizstrukturen: Machtspieler / Passionierte / Gesellschaftsarbeiter / Narzissten / Interessenvertreter [2003: 228 ff.]

Beweggründe für die Entscheidung für „Politik als Beruf“ können auch eher offensichtlicher Natur – statt nur tiefenpsychologisch erschließbar – sein: So weist Herzog [1975] darauf hin, dass politische Tätigkeiten deutlich weniger von Routine geprägt, also vielfältiger und dadurch interessanter sind, als das für andere (zum Teil vorher ausgeübte) Berufstätigkeiten gilt. Dies könnte auch ein

Phänomen der meisten politischen Karrieren klären helfen, die vertikale Ämterkumulation. Landläufig aus dem Motiv der Machtabsicherung interpretiert [so Herzog 1975], könnte sie in vielen Fällen auch die Freude an der Vielfalt von interessanten Tätigkeiten, also eher hedonistisch motiviert sein. Für berufspolitische Positionen gilt eher das Durchlaufen hierarchischer staatlicher Ebenen; so hat Gruber 2009 unter 56 Mitgliedern der Bundesregierung seit 1994 bei 19 eine Vorposition in der Landespolitik aufgelistet.

Fischer [2017] untersuchte freiwillige und unfreiwillige Beendigungen von Karrieren von Bundesministern (m/w) und bezieht sich dabei auch auf empirische Studien von „Rücktrittsforschern“. Die vorzeitigen und außerplanmäßigen Amtsaufgaben stellen ein relativ seltenes Phänomen dar: 67 Fälle in knapp 68 Jahren (von 1949 bis 2017). Dabei interessieren auch die Fälle, in denen der Minister im Amt blieb, obwohl öffentliche Rücktrittsforderungen eine mess- und vergleichbare Qualität erreicht hatten (Berichterstattung auf den Seiten 1 und 2 der FAZ): Nur 22 von 150 Rücktrittsdiskussionen endeten mit einem Rücktritt. Erklärung ist ein jeweiliges Kosten-Nutzen-Kalkül der Akteure, die den Minister tragen. Fazit: es entscheiden immer die eigenen Leute über das Ende einer Laufbahn.

Keiner wissenschaftlichen Untersuchung bedarf die Feststellung, dass Geld nicht der Hauptgrund für die Entscheidung für Politik als Beruf sein kann. Im Vergleich der Durchschnittseinkommen verschiedener Funktionsebenen schneiden Politiker unterdurchschnittlich ab. Durch das Überschreiten der Schwelle zum Berufspolitiker – etwa als Bürgermeister oder Abgeordneter – verbessert sich materiell nur eine Minderheit derer, die vorher einen bürgerlichen Beruf mit akademischer Ausbildung ausgeübt haben. Angelehnt an die Vergütungsstrukturen des Öffentlichen Dienstes verdienen auch Spitzenpolitiker deutlich weniger als Top-Manager in der Wirtschaft oder erfolgreiche Freiberufler. Gleichwohl hat Beyme recht, wenn er feststellt: „Die Höhe der Diäten gilt beim Durchschnittswähler immer als anrühlich. Er vergleicht sie mit dem eigenen Einkommen und nicht mit dem anderer Elitesektoren.“ [1992: 9]